

mung namens seiner Fraktion bekannt. *Renate Büchi* (sp., Richterswil) berichtet über ihre frühere Wahrnehmung des Zivilschutzes als eine eher überalterte, ineffiziente Organisation. In den letzten Jahren hat sich der Zivilschutz aber stark verändert. *Thomas Vogel* (fdp., Illnau-Effretikon) fasst die Kommissionsarbeit zusammen. Die meisten Anregungen der Gemeinden sind in die Vorlage eingeflossen. *Susanne Rihs-Lanz* (gp., Glattfelden) erinnert daran, dass die Grünen noch nie spezielle Freunde des Zivilschutzes waren. Trotzdem werden wir dem Gesetz mehrheitlich zustimmen. Es bleibt uns wegen des neuen Bundesgesetzes auch nichts anderes übrig. *Thomas Ziegler* (evp., Elgg) begrüsst es, dass die definitive Vorlage sich wesentlich von derjenigen unterscheidet, die der Regierungsrat in die Vernehmlassung geschickt hat. *Regula Kuhn* (svp., Illnau-Effretikon) weist darauf hin, dass sich der Zivilschutz stark verändert hat. Heute werden die Zivilschutzangehörigen sorgfältig auf ihre Aufgabe vorbereitet. *Hans Heinrich Raths* (svp., Pfäffikon) dankt dafür, dass die Gemeinden frühzeitig in die Gesetzesarbeiten einbezogen wurden.

Sicherheitsdirektor *Ruedi Jeker* dankt der Kommission für die gute Aufnahme der Vorlage. Wir sind beim Bestand auf einen Minimalbedarf zurückgefahren, dieser muss aber erhalten bleiben.

Der Rat führt die Detailberatung durch; es meldet sich kein Ratsmitglied zu Wort. Die Redaktionslesung mit Schlussabstimmung findet frühestens in vier Wochen statt.

Geändertes Sozialhilfegesetz

Die neuen Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) zu Ausgestaltung und Bemessung der Sozialhilfegelder führen zu Änderungen im kantonalen Gesetz über die Sozialhilfe. In der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit waren zwei Punkte der Vorlage des Regierungsrates umstritten: Sollen abgewiesene Asylbewerber nur noch Anrecht auf Nothilfe haben, aber nicht mehr auf die üblichen Sozialhilfegelder? Sollen Sozialhilfeleistungen zwingend gekürzt werden, wenn ein Bezüger eine zumutbare Arbeit nicht annimmt?

Christoph Schürch (sp., Winterthur), Präsident der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit, erläutert die Vorlage. Ziel der geänderten Skos-Richtlinien ist es, Anreize zu schaffen für die Erwerbstätigkeit, die Integration in die Gesellschaft und Arbeitswelt zu fördern und Missbräuche zu bekämpfen. Die Kommission beantragt Eintreten auf die Vorlage.

Willy Haderer (svp., Unterengstringen) bezeichnet die Vorlage als eine der wichtigsten Gesetzesänderungen dieser Legislatur. Der Sozialbereich ist aus dem Ruder gelaufen. Am schlimmsten ist, dass ganz junge Menschen in die Sozialhilfe geraten. Man schlittert nach der Schule direkt in die Nichterwerbstätigkeit hinein. Mit dem Ausschütten von Geld ist es nicht mehr getan. Der Redner kritisiert die Sozialhilfe-Studie der Zürcher Stadträtin *Monika*

das je nach der Ausgestaltung seine Existenz verlieren können muss. Es muss aber alles getan werden, um die Eingliederung zu fördern, wie das dem Chancenmodell entspricht. Mit der Revision des Gesetzes ist der Anreiz zum Zwang geworden, obwohl es an den geeigneten Arbeitsplätzen fehlt. Wir lehnen die Missbrauchsbestimmungen ab; damit ritzen wird das verfassungsmässig garantierte Recht auf ein Existenzminimum.

Blanca Ramer (cyp., Urdorf) erinnert an die lange Vorgeschichte des neuen Gesetzes. Dessen Stossrichtung erachtet die CVP als richtig. Wir werden sämtliche Minderheitsanträge ablehnen. *Hans Fahrni* (evp., Winterthur) spricht sich dafür aus, dass Missbrauch bekämpft wird. Aber schon heute geben sich die Behördenmitglieder grosse Mühe, Missbrauch zu verhindern. Das analoge Delikt zum Sozialhilfemissbrauch ist bei den Reichen die Steuerhinterziehung. *Hansruedi Bär* (svp., Zürich) kritisiert, dass der Staat heute überall zur Kasse gebeten wird. Die Hemmschwelle, während längerer Zeit ein Einkommen vom Staat zu generieren, ist gesunken. Diese Entwicklung wollen wir mit den Gesetzesänderungen bremsen. *Markus Brandenberger* (sp., Uetikon) betont, dass sich der Sozialhilfebereich nur beschränkt für parteipolitische Auseinandersetzung eigne. Seltsam ist, wer neben der SVP alles den Missbrauch als Ursache für steigende Sozialkosten entdeckt hat und wer das Heil in Sanktionen zu finden glaubt. Dabei ist bekannt, dass der Missbrauch eine deutlich geringere Rolle spielt als etwa im Bereich der Privatversicherungen. Wir lassen uns nicht von der Gegenseite abqualifizieren als diejenigen, die dem Missbrauch Tür und Tor öffnen.

Claudio Schmid (svp., Bülach) bezeichnet die Gesetzesänderung als moderat. Leider sind die Verbesserungen und die Verschärfung noch nicht ausreichend. Solange so viele Sozialhilfebezüger Handy und Auto besitzen und ihr Konto mit der Sozialhilfe äufnen, handeln wir falsch. Es ist unerträglich, dass viele ausländische Sozialhilfebezüger erst seit wenigen Jahren in der Schweiz leben.

Sicherheitsdirektor *Ruedi Jeker* betont, dass soziale Sicherheit ein Grundwert ist. Wir müssen die Spielregeln so à jour bringen, dass sie jedermann versteht. Die Sozialhilfe-Ausgaben sind stark gestiegen. Es ist Zeit, kritisch zu überprüfen, ob diese Leistungen angebracht sind.

Der Rat beschliesst Eintreten, es folgt die Detailberatung.

Betonung der Gemeindeautonomie

Kommissionspräsident *Christoph Schürch* (sp., Winterthur) legt dar, dass im Gesetz vor allem die Rolle der Gemeinden betont wird. *Peter A. Schmid* (sp., Zürich) begründet den Minderheitsantrag, gemäss dem der Kanton stärker mit einbezogen werden soll. Nur etwa 60 Prozent der Gemeinden organisieren überhaupt Integrationsmassnahmen. Der Kanton muss gerade kleine Gemeinden bei diesen Angeboten unterstützen. *Urs Lauffer* (fdp., Zürich) hält es für entscheidend, dass Integrationsangebote in allen